

...und alle haben von nichts gewußt...

Legal, illegal - Transnuklearskandal



nach allem anderen, nun auch Entsorgungslüge geplatzt

Die Legitimationsversuche für die Atomenergie durch Industrie, Staat und Parteien haben sich allesamt als Seifenblasen entpuppt. Windscale, Harrisburg und Tschernobyl sind Beweise genug, daß Atomtechnologie - wo auch immer nicht beherrschbar ist.

Das Geschrei um Verlust des Anschlusses an die moderne Technologie und die damit verbundenen Folgen für die "Volks"wirtschaft durch den Ausstieg aus der Atomenergie haben sich allesamt als Lügen herausgestellt. Gerade diese Technikanwendung nach den herrschenden Kriterien ist es, die Kahlschlagsanierung ganzer Industrieregionen betreibt, - die Millionen Menschen arbeitslos macht oder uns körperlichen Schaden durch die vielfältige Umweltbelastung beschert.

Und nun mußte die Bundesregierung selbst unter dem Druck des Transnuklear"skandals" eingestehen, was die Anti-AKW-Bewegung seit Jahren immer wieder gesagt hat. Die "Entsorgung" bundesdeutschen Atomülls ist ein einziges Fiasko. Während die AKWs von einem "Störfall" in den nächsten stolpern, wird tagtäglich immer mehr Atomüll produziert. Mittlerweile sind das nachvollziehbar ausgedrückt 675 Güterwaggons hochgiftiger und strahlender Abfall, den nach Frankreich, Großbritannien, Belgien und sonstwohin geschoben noch gar nicht mitgerechnet. Ein wirklich sicheres Endlager gibt es aber nicht und ist auch nicht auf absehbare Zeit vorstellbar.

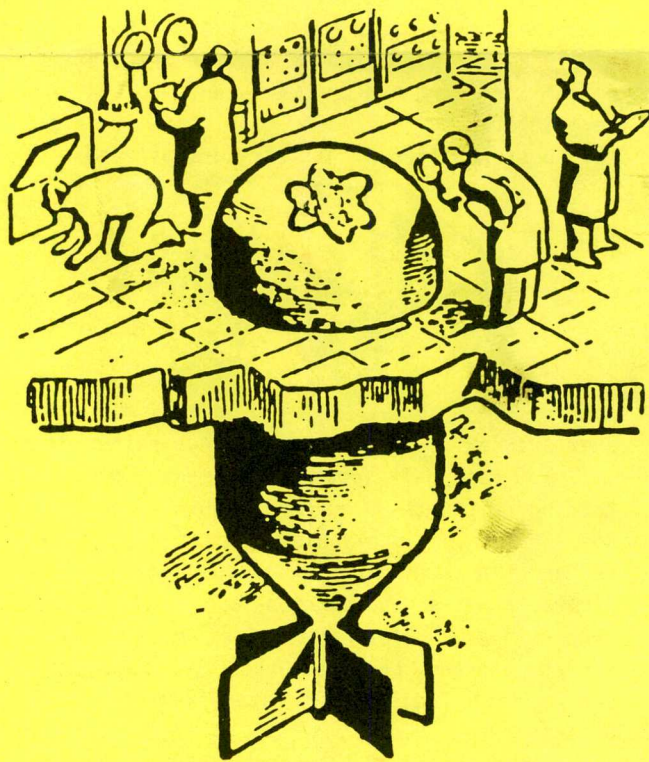
Allen Durchhalteparolen und Betrugereien zum Trotz geschah in Gorleben das, was Kritiker schon immer prophezeit hatten und einem Bergmann das Leben kostete. Der hohe Druck im Erdboden machte es nicht einmal möglich, das "Erkundungsbergwerk" für hochradioaktiven Atomüll in die vorgesehene Tiefe zu treiben.

Und von den günstigen geologischen Bedingungen, die den Atomüll für tausende von Jahren von der Umwelt abschirmen sollten, redet hier wie in der Asse, dem bisher einzigen Atomüllendlager in der BRD, niemand mehr so gerne. Selbst gekauften Wissenschaftlern fällt es zunehmend schwerer, ihren Auftrag der Sicherheitsbeschwörung im Dienst der Politik zu erfüllen. Mit Schacht Konrad, dem dritten und europaweit größten Endlager, sind sie nun so heftig auf den Bauch gefallen, daß die gesamte Innung mindestens ein Jahr lang mit hochrotem Kopf durch die Gegend laufen müßte.

Würden wir uns nun auf eine streng juristische Argumentation einlassen, müßten alle Atomanlagen sofort abgeschaltet werden, da der Forderung des Atomgesetzes nach gesicherter Entsorgung nicht Folge geleistet werden kann. Aber Polizei, Staatsan-

waltschaft und Gerichte wie alle zuständigen Ämter hüllen sich in Nichtstun. Und das sonst so feine Gespür für rechtsfreie und bedrohte Räume der vielbeschworenen "Einheit der Demokraten", das selbst schon in der Entwertung von Volkszählungsbögen eine Sachbeschädigung zu erkennen glaubte, drückt beide Nasenlöcher zu. Legal, illegal, scheißegal - Hauptsache, das Atomprogramm läuft.

Spätestens jetzt muß allen klar sein: Wer die Macht hat, hat das Recht und kann es nach Belieben beugen. Am Beispiel des "Atomstaats" läßt sich das bis ins Detail nachweisen.



Menschenverachtung und kriminelle Energie der herrschenden Mafia kennt keine Grenzen. Industrie, - Ministerien und Behörden bemühen sich fieberhaft, - für den weiteren Ausbau der Plutoniumwirtschaft wieder Boden unter die Füße zu bekommen: Strahlengrenzwerte werden erhöht, (sowie so nicht funktionierende) Katastrophenpläne auf den neusten Stand gebracht, Sicherheitskriterien - soweit es welche gibt - soweit heruntergeschraubt, bis sie auf einen auserkohlenen Endlagerstandort passen und die zuständige Genehmigungsbehörde den Betrug ohne große Verrenkungen perfekt machen kann. Wie sagten "Deutsches Atomforum" und Umweltminister Töpfer noch? AKWs sind "höchst zuverlässig und ihre Belegschaft außerordentlich qualifiziert". Und "das Entsorgungskonzept... ist nach Auffassung der Bundesregierung nach wie vor richtig."

Plutonium - das 2. Gesicht der Atomwirtschaft

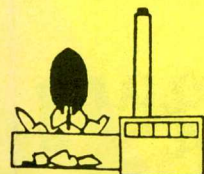
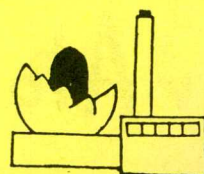
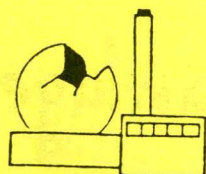
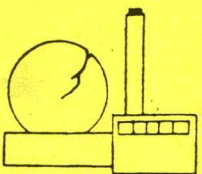
Die aktuellen Meldungen über den Hanauer "Nuklearskandal" überschlagen sich. In dem bewußten Verwirrspiel ist noch nicht abzusehen, was alles das Licht der Öffentlichkeit erblickt wird. Doch eins ist heute schon klar. Niemand in Politik, Wirtschaft und Militär hat ein Interesse daran, die allgemeinen Zusammenhänge deutlich zu machen, geschweige denn etwas zu ändern. Sie wollen mit gezielter Enthüllung eine "Skandalumüdigkeit" und letztendlich Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen. Zu gut hat das bei Tschernobyl, Cattenon und den chemischen Unfällen bei Sandoz geklappt. Wir wollen an dieser Stelle Zusammenhänge in dem "Skandal" aufzeigen. Damit dürfte auch deutlich werden, daß es sich nicht um einen Skandal handelt, von dem selbst die bürgerlichen Politiker überrascht wurden. Vielmehr verbergen sich dahinter 35 Jahre zielstrebigster Politik, an der alle aktiv beteiligt waren und sind.

Der offizielle Weg zur Atomstreitmacht

Die Atomtechnologie wurde wie keine andere Energietechnik zuerst für militärische Zwecke entwickelt. Erst nachträglich wurde ihr die zivile Hülle übergestreift - zwecks Kaschierung der eigentlichen Absichten und zweite Profitrealisierung über die allgemeine Energieversorgung. So verfügt die BRD über modernste Nukleartechnologie, besonders in den militärisch brisanten Bereichen: Wiederaufarbeitung (in Karlsruhe in Betrieb, in Wackersdorf in Bau), Schneller Brüter (Kalkar, noch nicht in Betrieb), Urananreicherung (Gronau), Plutonium-Laser-Trennung (Jülich, Karlsruhe, noch in Bau), Mischoxidbrennelemente (MOX) technologie (diverse Firmen in Hanau) und 16 Leichtwasserreaktoren, die bei kurzen Betriebsphasen und anschließendem Brennelementwechsel eine hohe Plutoniumausbeute versprechen.

In diesem Zusammenhang muß auch der deutsch-französische Vertrag erwähnt werden, in dem die BRD hochradioaktives Material nach La Hague zur "Aufbereitung" schickt und reines Plutonium zurückbekommt.

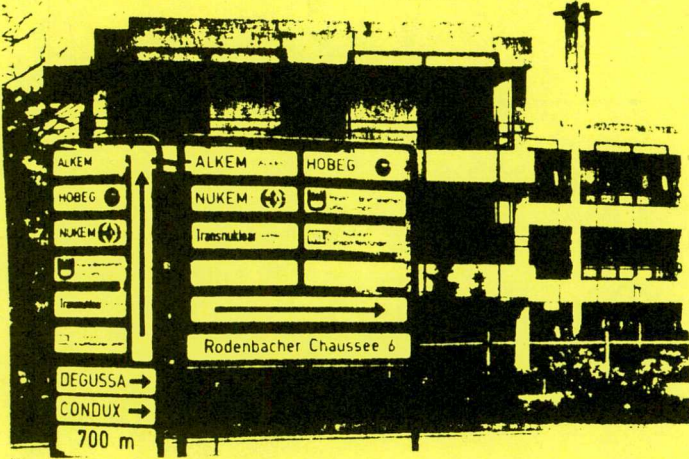
Auch die MOX-Brennelemente Transporte nach Schweden über Lübeck dienen nur der Plutoniumgewinnung. Der Vertrag sieht vor, daß Schweden abgebrannte Brennelemente auf seinem Territorium 30 Jahre zwischenlagert, die BRD im Gegenzug 57t



wiederaufbereiteten schwedischen Atom Müll aus La Hague übernimmt - offiziell zur Fertigung neuer Brennstäbe. Aus diesen 57t lassen sich aber in Hanau 460kg Plutonium abtrennen. So verfügen heute die Hanauer Atombetriebe Nukem/Alkem/RBU ect. über das weltweit größte Potential atombombenfähiger Stoffe, das je ein Nichtatomwaffenstaat besessen hat. Bis 1990 soll die BRD über 23t Plutonium verfügen-bei weltweit vorhandenen 240t(Atombombe made in Germany,Kölner Volksblatt Verlag 1986).

Warum das alles?

Mit der Entwicklung der Atombombe und der Remilitarisierung verbanden die BRD-Herrschenden immer den Wunsch nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Bisher scheiterte das aber an den Protesten der Warschauer Pakt Staaten, aber auch an den westlichen Atomwaffenstaaten,ließ sich doch

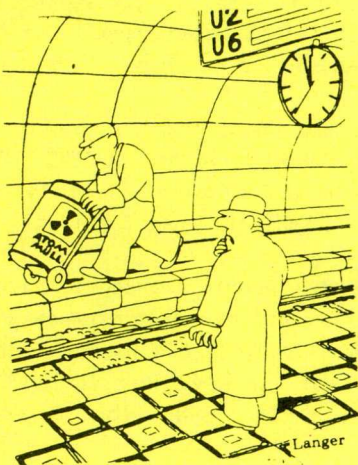


darüber der "ökonomische Riese" wenigstens politisch im internationalen Kräftespiel disziplinieren. Mit der zivilen Nutzung der Atomenergie konnte Stück für Stück dieser Status immer stärker unterlaufen werden. Es war auch nicht verwunderlich, daß sich die BRD in den 60er Jahren mit Händen und Füßen gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages sträubte. Erst nachdem faktisch alle damit verbundenen internationalen Kontrollbefugnisse durch die "Internationale Atomenergie Organisation"(IAEO) an die von der BRD kontrollierte europäische "Interatom" übergeben waren, unterschrieb man den Vertrag. Nebenbei bemerkt war das der Verdienst des damaligen Bundeskanzlers Willi Brandt.

Damit war man der Lösung des bundesdeutschen "nuklearpolitischen" Dilemmas ein wesentliches Stück näher gekommen.

Dieses Dilemma besteht darin, zwar gemeinsam (d.h. Westeuropa und USA) im Rahmen der Nato gegen den Osten zu rüsten, andererseits aber die berechnete Befürchtung zu haben, daß sich atomarer Schlagabtausch auf den Boden Europas beschränken soll (keine andere Funktion hat SDI). Diese Zwickmühle, aber auch die "normative Kraft des Faktischen" lösten vor allem beim Atomwaffenstaat Frankreich die Ressentiments bedingt auf.

Das nach dem Krieg verhängte Verbot für Entwicklung und Bau von Langstreckenträgersystemen seitens der BRD wurde 1984 aufgehoben. Die deutsch-französische (und britische) Freundschaft blüht auf allen militärisch-technischen Ebenen. Im Rahmen dieser Freundschaft wird auch bundesdeutsches Plutonium zu französischen Atomsprengköpfen (aber auch zu US-amerikanischen und britischen) verarbeitet. Die politischen Dimensionen werden deutlich, wenn mensch bedenkt, daß gerade auf Grund des erbitterten Widerstands gegen den Atomwaffensperrvertrag der BRD im Rahmen des unterzeichneten Vertragstextes den Atomwaffenbesitz im Rahmen der "europäischen Option" erlaubt.

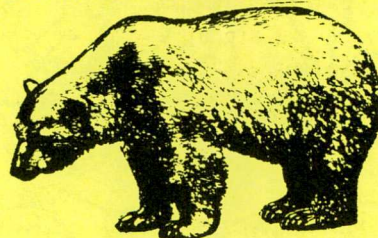


Nun haben es aber politische Freundschaften so an sich, daß sie von Natur aus wacklig sind und nicht freiwillig geschlossen werden. Und dem ist folgendes Kapitel gewidmet:

Der inoffizielle Weg zur Atomstreitmacht

Neben der teilweisen Unterordnung und Kooperation mit den westlichen "Atomwaffenbrüdern" hielt sich die BRD aber schon frühzeitig die Möglichkeit offen, durch den Export von militärisch nutzbarer Atomtechnologie ihr eigenes Netz von atomaren Verbindungen rund um den Globus zu spannen. Zum Einen, um die vorher genannte Politik gegenüber den Atommächten von der Position der Stärke aus zu führen, zum Anderen, um eigenständig Bündnispartner für Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik auf internationaler Ebene zu gewinnen. So unterschrieb z.B. Außenminister Genscher 1975 mit Brasilien ein Abkommen "über die friedliche Nutzung der Kernenergie" von "12 Mrd DM Umfang" (Südd. Zeitung, 28.6.75). Kommentar im brasilianischen Rundfunk: "Diese Ankündigung wird die Welt schockieren: Brasilien wird jetzt Atomwaffen herstellen" (Monitor-Dienst). Brasilien hatte den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben.

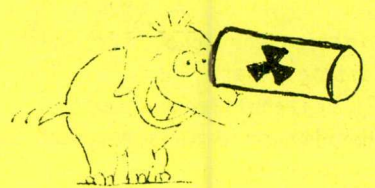
Aber schon vorher war mit ähnlich erlesenen Partnern solche Geschäfte gemacht worden. In der "Gesellschaft für Kernforschung"(GfK) Karlsruhe waren von 1969 bis 1974 südafrikanische Atomtechniker ausgebildet worden (Spiegel 41/75). Wofür? Für eine Urananreicherungsanlage, die seit 1959 in Karlsruhe entwickelt und 1974 von der STEAG in Südafrika gebaut wurde. Betrieben wurde das geheime Geschäft über das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Daß diese Anlage waffentaugliches Uran herstellen kann, braucht hier nicht wieder betont werden. Und Uran gibt es in dem immer noch brutal okkupierten Namibia soviel, daß es selbst in die BRD exportiert wird. Die Reihe solcher Verträge läßt sich fortsetzen. Wir nennen nur einige Länder: VR China, Indien, Indonesien, Irak (Atomzentrum durch israelische Bombe zerstört), Iran, Israel (seit 1984 verstärkte gemeinsame Atomforschung), Südkorea (Urananreicherungsanlage) bis hin zu Pakistan. Was da hin und hergeschoben wird, läßt sich (mal unterstellt) beim besten Willen nicht mehr kontrollieren.



Aber auch extravagante Wünsche nach reinem Plutonium (es ist halt noch etwas vernichtender als hochangereichertes Uran) werden prompt erfüllt. Auf Grund der schwachen, aber immer doch noch vorhandenen Kontrollen scheint sich die BRD-Atommafia etwas besonderes ausgedacht zu haben. Früher wurde Plutonium ganz einfach aus den bundesdeutschen Lagerbeständen geklaut. Zumindest waren mit Beginn der staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen gegen ALKEM im Dez. 1984 nicht nur ganze Aktenberge verschwunden, sondern auch mindestens 40 kg des begehrten Stoffs.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte das heute angestimmte Geschrei der Töpfer und Wallmänner losbrechen müssen. Es wurde aber sehr schnell der Mantel des Schweigens darüber gedeckt. CSU-Zimmermann wies den hessischen Wirtschaftsminister Steger (SPD) mit Nachdruck daraufhin, "der Hanauer Staatsanwaltschaft die Akten über die umstrittenen Genehmigungsverfahren (gemeint ist ALKEM - Verf.) nicht zur Verfügung zu stellen. Das Innenministerium bezog sich dabei auf den §96 der Strafprozeßordnung, wonach eine Behörde die Herausgabe amtlicher Schriftstücke dann verweigern kann, wenn sie das Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes gefährdet sieht" (Frankf. Rundschau, 7.4.85). Steger nahm diesen Hinweis

dankend auf und so wird sich nie aufklären lassen, wieviel Plutonium tatsächlich wohin verschwunden ist. Wahrscheinlich wird heute der Plutoniumklau eleganter gelöst, zumindest weist die Zahlung der Bestechungsgelder der Transnuklear daraufhin: Am 27.2.87 fand in der "Schrottabteilung" von Nukem ein Plutoniumunfall statt, bei dem 20 Beschäftigte das Gift eingeatmet hatten. Eigenartig, denn in dieser Abteilung hat plutoniumhaltiger Abfall gar nichts zu suchen und wird auch nicht von "Kontrollgremien" erwartet. Die Frankf. Rundschau vom 20.3.87 vermutet eine chemische Wiederaufbereitungsanlage zwecks illegaler Plutoniumgewinnung. Doch die hessischen Behörden mit Wallmann an der Spitze befanden alles für korrekt. Trotzdem wird der handfeste Verdacht durch die jüngsten Ereignisse neu genährt. Eine solche Wiederaufbereitung bringt nur dann reines Plutonium, wenn die Brennelemente im Reaktor nur kurz bestrahlt und dann ausgewechselt werden. Öffentlich kann das als Schnellabschaltung auf Grund eines Störfalles kaschiert werden. Nur das Betriebspersonal des jeweiligen AKW weiß Bescheid. Der Eisbär ist eine Zierde des Polarkreises. Anschließend wird dieser "schwachstrahlende Müll" zwecks Spurenbeseitigung quer durch Europa gekarrt um dann in Hanau zu landen. Und bekanntlich kostet Schweigen Geld, aber das hatte die Transnuklear als Tochter der NUKEM/ALKEM ja zur Genüge. Auf diesen verschlungenen Pfaden kann dann auch gar nicht erst registriertes Plutonium ins Ausland verkauft werden.

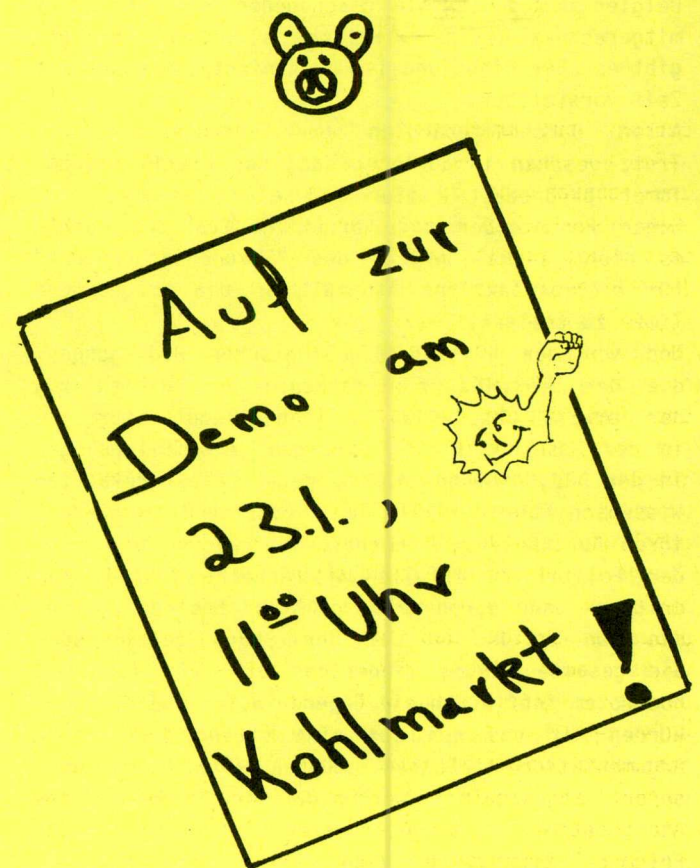


Spekulation? Gewiß - klingt aber alles sehr plausibel. Die volle Wahrheit werden wir wohl nie erfahren, dazu stecken alle von den einzelnen Betriebsmanagement über Behörden, Landes- bis hin zur Bundesregierung zu tief drin. Und international steht auch einiges auf dem Spiel, deshalb ist Schadensbegrenzung angesagt. Ein paar "schwarze Schafe" werden geopfert, ein paar neue Verordnungen, Ämter geschaffen und alles soll wie geschmiert weiterlaufen.

Die Anti-AKW-Bewegung muß sich damit auseinandersetzen, daß der plakative Begriff "Atomstaat" tatsächlich umfassender ist.

Das hat alles System, das ist System.

Arbeitskreis gegen Atomenergie Braunschweig



sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!
